GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG XVII. MAI–IUNIE / MAI–JUIN / MAI–JUNI 1939. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 5 - 6

Die Wahlen und die Vertretung der Volksminderheiten in Rumänien.

Nach der Verkündung der neuen Verfassung und Auflösung der Parteien richtete einer der berufenen Minderheitenvertreter an den verstorbenen Patriarchen und Ministerpräsidenten Miron Cristea die Frage, ob auch die Volksminderheiten in den neuen gesetzgebenden Körperschaften auf Vertretung rechnen können, da ja in jeder Interessengemeinschaft das rumänische Element in der Mehrheit ist, und deshalb wenig Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass in diesen Körperschaften die Wahl eben auf Minderheitsangehörige fallen könne.

Der Patriarch-Ministerpräsident gestand, es sei nicht so einfach, den Minderheiten zur Vertretung zu verhelfen, „wir zerbrechen uns die Köpfe, wie wir das zustandebringen, denn wir halten es für notwendig, den Volksminderheiten Vertretung zu gewähren." Dies waren die Worte des Ministerpräsidenten Cristea.

Wie bekannt, löste man die Sache durch den Eintritt in die Front, so dass diese einzige politische Organisation die Kandidaturen sichern konnte. Dass aber die Kandidaten tatsächlich auch gewählt werden, konnte die Front nicht mehr sichern infolge des Wahlsystems, laut welchem in dem um die einzelnen Mandate ausgefochtenen Kampf die Votanten der Volksminderheiten nirgends in Mehrheit sein konnten.

Auf diese Weise bekamen von den 16 ungarischen Abgeordneten-Kandidaten nur 9, von den 5 Senator-Kandidaten nur 2 Mandate und der deutschen Minderheit erging es noch schlechter, da sie in der Kammer nur 5 Plätze, und überhaupt keine gewählte Senatorstelle bekam.

So war es die Gnade Seiner Majestät, welche das Wahl-

resultat einigermassen korrigierte, um den Volksminderheiten entsprechende Vertretung zu verschaffen.

Seine Majestät ernannte zu Senatoren 3 ungarische und 5 deutsche Vertreter.

Dadurch, dass unter den ernannten ungarischen Senatoren der röm. katholische Bischof von Siebenbürgen und auch der Bischof der unitarischen Kirche in den Senat gelangt, ist eine seit langem schmerzende Wunde gelindert.

Bekanntlich hatte die Verfassung von 1923 nur jenen Minderheitskirchen rechtmässige Senatorschaft gesichert, welche mehr als zweimalhunderttausend Gläubige besassen. Infolgedessen blieb die unitarische Kirche ohne Vertretung, die röm. katholische aber vertrat ausschliesslich der Erzbischof von Bukarest.

Diese Methode behielt auch die neue Verfassung bei, weshalb es die Anhänger der siebenbürger röm. katholischen, sowie die der unitarischen Kirche umsomehr erfreute, dass ihre Kirchenfürsten nach dem Willen des Herrschers Eintritt in den Senat bekamen.

Eines der bedauerlichsten Wahlresultate aber ist das Ausbleiben des Brassóer Kürschnermeisters Benedikt Szabó aus der Reihe der Abgeordneten.

Seitdem die ungarische Volksminderheit zu parlamentarischer Vertretung gelangt war, hatte dieser hervorragende Gewerbetreibende immer eine Abgeordnetenstelle in der Kammer und die führenden ungarischen Kreise legten grossen Wert darauf, das Sachverständnis dieses Mannes in Gewerbeangelegenheiten in der Gesetzgebung niemals zu entbehren. Heute, da die Gesetzgebung auf der Grundlage der Interessenvertretung ruht und von der Legislative in erster Reihe Fachkenntnis fordert, wird Benedikt Szabó besonders fehlen.

Während der letzten Wahlen wurde immer häufiger, auch in ungarischen Blättern die Meinung verkündet, die Vertretung der Ungarischen Partei müsse aufgefrischt werden, neue Elemente müsse man als Vertreter der ungarischen Volksminderheit heranziehen. Nun, dieser Wunsch ist vielleicht allzusehr in Erfüllung gegangen. Mit Ausnahme von Elemér Gyárfás gelangte kein einziger jener Männer, die seit anderthalb Jahrzehnten die ungarische Minderheitsnation in beiden Häusern der Gesetzgebung vertraten, zu Mandaten. Schon unter den Kandidaten trafen wir wenige der gewesenen Abgeordneten und Senatoren

und von den Kandidaten bekamen kein Mandat Br. Johann Jósika, Benedikt Szabó und Br. Béla Szentkereszty.

Im Endergebnis kam das Ungartum zu folgender Vertretung:

a) Rechtmässiger Senator:

Johann Vásárhelyi, Bischof des Siebenbürger reformierten Kirchendistrikts.

b) Ernannte Senatoren:

Áron Márton, röm. katholischer Bischof von Gyulafehérvár, (Karlsburg, Alba Iulia),

Dr. Béla Varga, unitarischer Bischof und

Dr. Paul Szász, Präsident des EMGE (Siebenbürgisch-ungarischer Landwirteverein.

c) Gewählte Senatoren:

Graf Nikolaus Bánffy und

Dr. Elemér Gyárfás.

d) Abgeordnete:

Landwirte:

Karl Orosz Grundbesitzer von Szenterzsébet im Komitat Udvarhely, Kreisinspektor des EMGE.

Gewerbe und Handel:

Dr. Ignatz Bartha, geb. im Jahre 1896, Advokatursprüfung abgelegt in 1923, Handelsakademie absolviert. Mitvorsitzender des Verbandes der Klausenburger Hausbesitzer, Fiskal des Gewerbevereines, Rechtsvertreter des Sänger-Vereines in Rumänien, Rechtsvertreter des EMKE (Siebenbürger Ungarischer Bildungsverein).

Julius Ludwig, Fabrikant in Nagyszeben.

Johann Péter, geb. 1909, Maschinenmeister in der Textilfabrik Temesvár, Präsident der Jugendsektion der gew. Ungarischen Partei, Banater Kreis.

Dr. Stefan Soós, geb. 1895, Advokat in Nagyvárad, Rechtsvertreter des reformierten Kirchendistriktes jenseits des Királyhágó.

Graf Adam Teleki, geb. 1900, Grundbesitzer in Marosujvár, Fabriksbesitzer, Mitglied des Rates der Front, Stellvertreter des Leiters der Gewerbesektion der Ungarischen Volksgemeinschaft, Mitglied des Direktionsausschusses des EMGE, Chefredakteur des „Erdélyi Gazda."

Ludwig Tompa, geb. 1902, Miteigentümer der Keramitfabrik Gebr. Tompa in Torda, Presbiter der unitarischen Kirche in Torda, Ausschussmitglied des Gewerbevereines, Vizepräsident des ungarischen Gesangsvereines.

Intellektuelle:

Dr. Franz Filó, geb. 1893, Advokat in Székelyudvarhely, gewesener Waisenstuhl-Assesor, Präsident der Ungarischen Volksgemeinschaft in Udvarhely.

Dr. Karl Kovács, Advokat in Csikszereda, Präsident der Gütergemeinschaft.

Zahlenübersicht

über neun Wahlen zur parlamentarischen Vertretung der ungarischen und deutschen Volksminderheit in Rumänien.

Die Wahlen:	Gewählte ungarische Abgeordnete	Gewählte ungarische Senatoren	Gewählte deutsche Abgeordnete	Gewählte deutsche Senatoren
Im März 1922 unter der Regierung Ionel Brătianu durch distriktweise Abstimmung. Von 369 Abgeordneten und 168 Senatoren	3	3	9	3
Im Mai 1926 unter der Regierung Averescu durch listenweise Abstimmung und Sicherung einer 50%-Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	14	12	10	5
	in Kartell mit der Regierungspartei	1	in Kartell mit der Regierungspartei.	–
Im Juli 1927 unter der Regierung Ionel Brătianu durch listenweise Abstimmung und Sicherung einer 50%-Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	10		5	
	in Kartell mit der deutschen Minderheit, wonach 2 ungarische Abgeordnete den auf der Liste folgenden deutschen ihre Plätze abtraten.			

Die Wahlen:	Gewählte ungarische Abgeordnete	ungarische Senatoren	deutsche Abgeordnete	deutsche Senatoren
Im Dezember 1928 unter der Regierung Maniu durch listenweise Abstimmung und Sicherung einer 50%-Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	16	8	9	4
	in selbständigem Wahlkampf		in Kartell mit der Regierungspartei.	
Im Juni 1931 unter der Regierung Iorga durch listenweise Abstimmung und Sicherung einer 50%-Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	10	2	11	2
	in selbständigem Wahlkampf		in Kartell mit der Regierungspartei.	
Im Juli 1932 unter der Regierung Vaida durch listenweise Abstimmung und Sicherung einer 50%-Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	14	3	10	3
	in selbständigem Wahlkampf		in Kartell mit der Regierungspartei.	
Im Dezember 1933 unter der Regierung Tătărescu durch listenweise Abstimmung und Sicherung einer 50%-Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	9	3	8	3
	in selbständigem Wahlkampf		in Kartell mit der Regierungspartei.	
Im Dezember 1937 unter der Regierung Tătărescu durch listenweise Abstimmung, doch ohne Prämie für die Mehrheitspartei. Von 387 Abgeordneten und 204 Senatoren	19	3	4	2
	in selbständigem Wahlkampf		in Kartell mit der Regierungspartei.	
Im Juni 1939 mit dem System der Interessenvertretung auf der einzigen Liste der Front der Nationalen Wiedergeburt. Von 258 Abgeordneten und 88 Senatoren	9	2*)	5	–**)

*) Ausser diesen vertreten 3 ernannte und ein rechtmässiger Senator die ungarische Volksminderheit.

**) 5 ernannte und 2 rechtmässige Senatoren vertreten die deutsche Volksminderheit.

Neue Formen des Zusammenlebens mit den Volksgruppen.

Von: **Árpád Török.**

Aus den verschiedenen Erklärungen, die in der letzten Zeit vom Ministerpräsidenten Grafen Teleki und Aussenminister Grafen Csáky über die Nationalitätenfrage gemacht würden, gehen zwei wichtige Tatsachen hervor: die Erkenntnis, dass die Nationalitäten zum Volksbewusstsein erwacht sind und dass neue Formen des Zusammenlebens mit ihnen gefunden werden müssen. Die politische Aufgabe besteht nun in der Bestimmung dieser neuen Lebensformen, wobei man sich aber nicht allein auf die Phantasie verlassen darf, also lediglich Zweckmässigkeitskonstruktionen zu erfinden hat, sondern vor allem von den soziologisch politischen Gegebenheiten auszugehen haben wird. Die neuen Formen dürfen also nicht bloss aus dem Reiche der Ideologie geschöpft, sie müssen vielmehr logisch und organisch aus den bestenden Formen und soziologischen Tatsachen entwickelt werden. Ausgangspunkt bildet auf alle Fälle die Erscheinung „völkisches Erwachen". Was bedeutet „völkisches Erwachen" und welche unmittelbaren Folgerungen ergeben sich aus dieser Tatsache?

Die Antwort auf die erste Frage lautet: völkisches Erwachen heisst Wertschätzung des eigenen Volkstums, heisst Anerkennung eines sozialen Wertmasstabes, dem das Volkstum zugrunde liegt. Daraus folgt aber, das ist die Antwort auf die zweite Frage, dass die nun erwachte Volksgruppe nach solchen Lebensformen trachtet, in denen dieser zentrale Wert gesichert ist und die ein restloses Ausleben des Volkstums ermöglichen. Die nicht erwachte Volksgruppe hat keine klaren Vorstellungen über eigene Lebensformen, empfindet nicht das Bedürfnis, diese nach bestimmten Grundsätzen auszugestalten. Zum Teil lebt sie wohl unter ererbten Gemeinschaftsformen – hier mag völkische Eigenart am meisten zur Geltung kommen –, sie lebt sich aber vielfach in Gemeinschaftsformen hinein, wie sie sich eben aus ihrer Umwelt für sie ganz zufälligerweise ergeben. Von bewusstem Gestalten, von zielstrebiger Auswahl ist noch keine Rede. Unter solchen Umständen kann es nur zu leicht vorkommen – meistens kommt es auch vor –, dass durch solche Lebensformen das Volkstum selbst gefährdet wird. Es ist selbstverständ-

lich, dass die zum Volksbewusstsein bereits erwachte Volksgruppe Lebensformen, die sich für ihr Volkstum als gefährlich erachtet, von sich weist. Das führt nun zu einer Änderung ihres Verhältnisses zum Mehrheitsvolk, praktisch zu einer mehr oder weniger weitgehenden Trennung der Lebensgemeinschaft mit dem Mehrheitsvolk und zur Ausgestaltung besonderer, arteigener Lebensformen, mit dem Endziel einer gesonderten völkischen Lebensgemeinschaft.

Wenn auch dies der normale Gang der Entwicklung im Falle völkischen Erwachens ist, so ist damit noch nichts darüber ausgesagt, wie weit die Loslösung aus der Lebensgemeinschaft mit dem Mehrheitsvolke erfolgen kann und in welchem Masse die eigene Lebensgemeinschaft nun eine Geschlossenheit anstreben soll. Denn wenn auch auf veränderter Grundlage, so bleibt nach wie vor das Zusammenleben zwischen Volksgruppe und Mehrheitsvolk eine Tatsache und auch das beiderseitige Interesse an einem reibungslosen Zusammenleben hat nicht aufgehört. Also wenn es auch eine eigene völkische Lebensgemeinschaft geben soll, so besteht trotzdem die erweiterte Lebensgemeinschaft mit dem staatsführenden Volke. Zweifellos können allgemeingültige Grundsätze aufgestellt werden, die dieses Zusammenleben regeln. Darüber hinaus gibt es aber eine Anzahl besonderer Umstände, die für dieses Zusammenleben sogar von entscheidender Bedeutung werden können, wenn sie nur auch von der praktischen Politik auf beiden Seiten hinreichend Berücksichtigung finden. Auf diese besonderen Umstände und die sich daraus ergebenden Folgerungen wollen wir im Falle des ungarländischen Deutschtums hinweisen.

Unstreitig ist völkisches Erwachen die Frucht einer seelischen Wandlung, die sich in der geistigmoralischen Sphäre vollzieht. Es ist also die Idee und der moralische Grundsatz, die diesen Prozess bestimmen. Man darf aber nicht übersehen, dass auch andere Faktoren diesen Prozess weitgehend beeinflussen und das Bestreben nach geschlossener Lebensgemeinschaft der Volksgruppe bestimmend sein können. Vor allem sind es wirtschaftliche, soziale, allgemein politische Momente, die hier mitwirken. Je unbefriedigender die Lage einer Volksgruppe in diesen Bereichen, um so kräftiger wird der Prozess des Erwachens und der Trennung aus der Lebensgemeinschaft mit dem Mehrheitsvolk sein. Beim ungarländischen Deutschtum ist es nun einmal

allein die Idee des „Völkischen", auf die diese Entwicklung zurückzuführen ist. Die übrigen soziologischen Faktoren, die die Lebenslage einer Volksgruppe im allgemeinen bestimmen, haben in diesem Falle zu einer solchen Entwicklung keineswegs gedrängt. Das wird auch von keiner Seite bestritten. Jakob Bleyer hat stets betont, dass das Problem des ungarländischen Deutschtums lediglich ein völkisch-kulturelles ist, dass besondere Wünsche nur in dieser Hinsicht geltend gemacht würden. Auch seither hat man keinerlei ernste Stimmen vernommen, die dies bestreiten, oder überzeugende Argumente dagegen anführen würden. Wenn in dieser Hinsicht mitunter etwas gesagt worden ist, so bezog es sich höchstens auf gewisse Befürchtungen im Zusammenhang mit der Bodenreform. Alle übrigen Faktoren, die die Lebenslage des Deutschtums bestimmen, sind seit Jahrzehnten unverändert geblieben und haben daher in der Richtung der Erhaltung des Bisherigen gewirkt. Ist nun der Wandel auch durch die Idee des „Völkischen" bewirkt worden, so ist immerhin anzunehmen, dass die übrigen, unverändert gebliebenen Faktoren ihren Einfluss bei der Ausgestaltung der eigenen zukünftigen völkischen Lebensgemeinschaft beibehalten werden, und sich weiterhin in der Richtung des innigen reibungslosen Zusammenlebens mit dem Magyarentum auswirken.

Allerdings: allein diese soziologischen Tatsachen werden die erwünschte Wirkung von sich aus nicht ausüben, wenn ihnen nicht auch die praktische Politik, und zwar auf beiden Seiten, zu Hilfe kommt. Eine Verschiebung in dem seelischen Gefüge der Staatsbevölkerung könnte immerhin unliebsame Folgen, sowohl für die Mehrheit, wie auch für den Staat selbst, haben. In unserem Falle sind es aber gerade die angedeuteten Faktoren, die eine solche Entwicklung hintanzuhalten vermögen, wenn nur nichts geschieht, was ihre Wirkung kompensieren könnte. Das, was nicht geschehen darf, ist eine Unterbindung der völkischen Lebenssphäre der Volksgruppe. Kann sich die geistig-sittliche Kategorie, die völkische Idee, bei der Volksgruppe frei ausleben, so wird diese kaum das Bedürfnis verspüren, auch die übrigen Tatsachen des Gemeinschaftslebens (Wirtschaft, Sozialordnung, Politik usw.) vom Gesichtspunkt einer geschlossenen, exklusiven völkischen Lebensgemeinschaft zu gestalten. Was praktisch aber soviel bedeutet, dass sie auf eine allzu weitgehende Lockerung der bestehenden Le-

bensgemeinschaft mit dem Magyarentum nicht ausgehen wird. Heute kann man in dieser Hinsicht nicht nur Hoffnungen, sondern positive Erwartungen hegen, die sowohl durch verschiedene Regierungserklärungen, wie auch durch sehr wesentliche Regierungshandlungen begründet sind. Es soll hier nur kurz angeführt werden: Ernster Fortschritt in der Schulfrage, Genehmigung des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn", offizielle Kandidatur von drei Volksbundmännern bei den Abgeordnetenwahlen.

Auf Seiten der Volksgruppenführung wird man sich vor Augen halten müssen, dass nicht nur die geistig-sittliche Kategorie des „Völkischen" das Schicksal eines Volkes ausmacht, sondern dass ihr inneres Gleichgewicht, ihre Zufriedenheit, ihr Glück auch von Faktoren wie Wirtschaft, Sozialordnung, Politik abhängen. Wenn nun in diesem Bereiche der herrschende Zustand als befriedigend empfunden wird, wenn man in dieser Hinsicht also von einem Minderheitenschicksal im üblichen Sinne des Wortes gar nicht sprechen kann, so heisst es für die Volksgruppenführung: bei der Ausgestaltung der völkischen Lebensformen dieser Tatsache eingedenk bleiben, bei der nun eintretenden Lockerung der Lebensgemeinschaft mit dem Magyarentum nicht weiter gehen, als es durch die engere völkische Lebenssphäre unbedingt geboten erscheint. Eine Ausweitung der völkischen Lebenssphäre auf diese übrigen Gebiete – wie das bei zahlreichen anderen Minderheiten oft eine Selbstverständlichkeit, ja ein Gebot der Selbsterhaltung ist – kann in unserem Falle nur zu leicht das gefährden, was bisher kein Problem gebildet hat: die anderen, oben angedeuteten Lebensbereiche. Gewiss wird man noch manche Lebensform für das neue völkische Eigenleben finden und ausgestalten müssen. Es wäre aber ein bedenkliches Beginnen, in diesem Bestreben so weit zu gehen, dass dadurch auch die alten materiellen Grundlagen der Volksgruppe berührt werden. Hier könnte man nur zu leicht einen bestehenden Zustand zerstören, ohne an dessen Stelle auch nur Gleichwertiges setzen zu können. Auch ein weiterer Umstand muss in Rechnung gestellt werden. Heute ist es nicht mehr fraglich, dass wir von der liberalen Staatsidee abgerückt sind, dass der Staat seine Einflusssphäre auf immer weitere Gebiete des bisher individuellen Lebens erstreckt. Dabei wird aber auf intensivste Einschaltung des Volkes Gewicht gelegt. Gerade

das völkische Prinzip und die nationalsozialistische Ideologie haben viel zu dieser Entwicklung beigetragen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass die Volksgruppen auch als geschlossene Lebensgemeinschaften stärker in den Staat eingeschaltet werden und ihre Aufgabe, die der moderne Staat an sie stellt, als solche erfüllen. Bisher stand das ungarische Deutschtum in seinen Einzelbürgern dem Staate gegenüber. Was wird nun in der nächsten Zeit kommen? Während der Staat auf dem Wege der Volksgemeinschaft seine Bürger immer schärfer erfasst und in das staatliche Leben einschaltet, erfährt gleichzeitig die bestehende Lebensgemeinschaft zwischen Deutschtum und Magyarentum eine allmähliche Lockerung, wobei es vor allem verhütet werden muss, dass Spannungen verschiedenster Art, etwa auch Gefühlsmomente eine Auseinanderentwicklung zwischen Deutschtum und Magyarentum herbeiführen, die keineswegs im Interesse der Volkgruppe liegen würde.

Mit diesen Ausführungen haben wir einen nur flüchtigen Blick auf die Struktur des neuen Problems und seine mögliche Entwicklung geworfen. Das Problem ist aber gestellt und es besteht die eiserne Pflicht auf beiden Seiten, eine befriedigende Lösung zu finden. Wenn es auch besondere Anforderungen an die politische Begabung und den politischen Takt der Volksgruppenführung stellt und auch vom Magyarentum Verständnisbereitschaft und Voraussicht erfordert, so haben wir heute keine Ursache an dem Vorhandensein dieser Bedingungen zu zweifeln.

Graf Stephan Csáky an die Wähler von Sopron.

Aussenminister Graf Csáky hielt an die Bürger der Stadt Sopron eine grosse Rede, in der er mit Nachdruck betonte, dass Sopron eine ungarische Stadt ist und bleiben wird, umsomehr als die Zugehörigkeit dieser uralten ungarischen Siedlung zum Staate der Stephanskrone auch durch das Wort Hitlers erhärtet wurde. Es ist allbekannt, dass an unserer Westgrenze ebenso unverantwortliche, wie bedeutungslose Elemente eine fadenscheinige Agitation zu unternehmen versuchten, diese scheiterte aber in kläglicher Weise an dem Widerstand der Bevölkerung und an der Wachsamkeit der Behörden. Die Deutschen

Westungarns fühlen sich als freie und geschätzte Bürger des ungarischen Vaterlandes hierzulande zu Hause. Niemand verwehrt ihnen ihre Sprache und ihre überlieferten Bräuche frei zu pflegen. Wenn auch in letzterer Zeit durch unlautere Absicht hier und da versucht wurde, das Ungartum gegen das einheimische Deutschtum und umgekehrt, das einheimische Deutschtum gegen das Staatsvolk zu hetzen, so wird das Verständnis der Regierung für die Rechte aller Parteien dafür sorgen, dass die Brüderlichkeit zwischen den Bürgern verschiedener Abstammung und verschiedener Muttersprache wiederkehre und die westlichen Komitate, dank ihrer hohen Kultur und wirtschaftlichen Tüchtigkeit zu einer der stärksten Stütze des ungarischen Staatsgedankens werden, wie sie es auch in der Vergangenheit stets waren. Ungarn muss in der Zukunft werden, was es bei seiner Gestaltung zu einem Staate wurde, eine starke einheitliche Nation, gebildet aus Völkern verschiedener Sprache und verschiedener Abstammung. Ungarn hat aufgehört ein Land zu sein, in dem die Minderheiten vernachlässigt werden können.

– Die Regierung wünscht, – sagte der Minister – dass Ihr Euch in diesem alten Lande ebenso wohl fühlt, wie viele hundert Jahre hindurch, wir wollen, dass Ihr Euere Kultur, Euere Religion, Euere Sprache und Euere Sitten erhaltet und weiterentwickelt im Rahmen des ungarisches Staates. Habet Vertrauen zu uns, denn wir setzen Vertrauen in Euch und wir werden in allen unseren Taten dieses Vertrauen Euch gegenüber auch beweisen.

Die Rede des Aussenministers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Sodann begab sich der Aussenminister in das Heim des evangelischen Jugendvereins, wo ihm ein überaus begeisterter Empfang bereitet wurde. Im Namen der Soproner Landwirte wurde der Aussenminister vom Präsidenten des Vereins der Weingutsbesitzer Dr. Wilhelm Laehne und vom Vizepräsidenten Karl Schmied begrüsst, die dem Aussenminister die Wünsche der Weingutsbesitzer vorbrachten.

Aussenminister Graf Csáky antwortete in deutscher Sprache und sagte u. a.:

– Zu Euch komme ich als Botschafter der althergebrachten treuen Freundschaft der ungarischen Herzen; dieser Freundschaft, die nicht nur eine Folge eines viele Jahrhunderte langen Zusammenlebens ist, sondern in erster Linie eine Notwendigkeit

der anbrechenden neuen Zeit. Nach Sopron kam ich, um Euch zu versichern, dass die Regierung ihre ganze Macht bis zu den äussersten Grenzen der Möglichkeit dazu gebrauchen wird, dass Ihr Euch in diesem alten Lande ebenso wohl fühlt, wie viele hundert Jahre hindurch, dass Ihr den angemessenen Lohn Eurer schweren Arbeit ebenso verdienen werdet, wie Eure Arbeitsgenossen in anderen Teilen Europas.

– Wir wollen, dass Ihr Eure Kultur, Eure Religion, Eure Sprache und Eure Sitten erhaltet, und weiter entwickeln könnt im Rahmen des ungarischen Staates. Eure Entwicklung und damit Euer Zutrauen zu uns ist eine Bereicherung des ganzen Ungartums und gestaltet unser gemeinschaftliches Leben nur mannigfaltiger.

Zu den Worten Gafencu's.

Anfangs Mai weilte der rumänische Aussenminister Gafencu in Berlin. Im Anschluss zu seinem Besuch beschäftigte sich die rumänische Presse in auffälliger Form mit dem Problem der Volksgruppen in Rumänien. In einem ausfürlichen Aufsatz versucht der Volksgruppenfachmann Seisanu nachzuweisen, dass sich die Volksgruppen in Rumänien einer in jeder Hinsicht klaglosen Behandlung erfreuen.

Seisanu – schreibt der „Völkische Beobachter" – stellt bei diesem Versuch Behauptungen auf, die nicht unwidersprochen bleiben können. So behauptet Seisanu, die Agrarreform in Rumänien sei eine Massnahme gewesen, die auch den Minderheiten Vorteile gebracht habe. Tatsächlich ist aber seit dem Bestehen Grossrumäniens kein Schlag gegen die Grundlagen des Bestehens der deutschen Volksgruppe geführt worden, als gerade durch die Agrarreform.

Diese besonders durch die Verhältnisse in Altrumänien notwendig gewordene Reform ist nur in rumänischen Gegenden nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt worden. In allen von Volksgruppen bewohnten Gegenden dagegen war sie ein Instrument zur Nationalisierung des Bodenbesitzes. Ein kurzes Studium der Liste der Besitzer dürfte auch Herrn Seisanu über die Richtigkeit dieser Feststellung aufklären, falls sie ihm wirklich nicht bekannt sein sollte.

Vollkommen verfehlt ist auch der Hinweis Seisanus auf die angeblich grosse Zahl der Schulen, die den Volksgruppen zur Verfügung stehen sollen. Das 80.000 Köpfe zählende Deutschtum der Bukowina besitzt keine einzige deutsche Schule, in der die deutsche Sprache als Unterrichtssprache benutzt wird. In Bessarabien sind die staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache beinahe restlos rumänisiert worden und die noch vorhandenen deutschen Lehrer müssen die Kinder in rumänischer Sprache unterrichten.

Es bleibt daher auch in Rumänien noch reichlich viel zu tun übrig, bis von einer klaglosen Behandlung der Volksgruppen gesprochen werden kann, wie sie die rumänische Presse vorzutäuschen versucht.

Les nationalités de l'Ouest.

Cet article a été publié le 15 Mai 1939 (Numéro 24) dans la Revue mensuelle d'information sur les nationalités d'Europe Occidentale: *Peuples et Frontières*, qui apparaît a Paris sous la direction de *M. Fred Moyse*.

L'Ouest de l'Europe, où très tôt se sont formés des Etats puissants à tendance unitaire, n'a pas été autant que l'Europe Centrale ou Orientale un milieu propice à l'épanouissement hâtif des nationalités et des ethnies (Volkstümer). En France et en Grande-Bretagne particulèrement, dont les systèmes politiques et les cultures intellectuelles étaient en pleine phase de domination au moment où le mouvement des nationalités prenait naissance, il pouvait sembler impossible de remonter ce que certains appelaient le „courant de l'histoire".

Cependant, l'ouest européen n'en était pas moins en fermentation nationalitaire et pour s'être révélés en général un peu plus tard que dans l'est, les réveils nationaux centrifuges ne s'y sont pas moins fait jour et se sont développés dans certains cas beaucoup plus vite qu'ailleurs.

Le mouvement organisé pour la langue n'a pris corps en Irlande que vers 1890. Mais 26 ans plus tard, les Anglais étaient obligés de reprendre Dublin au canon.

Les premières manifestations de l'idée séparatiste en Bretagne datent de 1911. Mais 21 ans après, le premier attentat à la dynamite était perpétré contre la domination de Paris!

D'ailleurs, il est faux de prétendre que les problèmes des

nationalités et des minorités est moins patent en Occident qu'en Europe Orientale. Ce sont les traités de 1919–1920 qui ont accrédité la légende que la France et l'Angleterre étaient des nations unifiées, et il est parfois piquant de voir des adversaires de ces traités leur ajouter foi sur ce point.

La renaissance Flamande ou Catalane ne le cède pourtant en rien à la renaissance Tchèque sous le rapport de l'intérêt comme de l'ampleur. La révolte Irlandaise du XX^{e} siècle est loin d'être la fille indigène de la révolte Hongroise du XIX^{e}. La personnalité ethnique de l'Alsace ou de la Corse en face du noyau français est au moins aussi tranchée que celle des Allemands du Banat en face des Serbes et des Roumains. Les Bretons ou les Basques représentent un tout autre héritage en tant que génie national, histoire et culture que les Lippowans, les Kassoubes, les Aromunes ou les Valaques, dont les savants ethnologues et les rusés diplomates saluent l'existence avec solennité. Enfin, on peut sans crainte de se tromper affirmer que les Gallois sont tout de même quelque chose de plus que les Rhéto-Romans dont la Suisse reconnait le dialecte imprécis comme langue nationale, et même que les Slovaques qui traitent d'égal à égal avec le Reich grand-allemand.

Iles Britanniques.

En Grande Bretagne, le choc des nationalités a lieu entre les petites nations qui sont les héritières des anciens pouvoirs celtiques, et l'Etat anglais né de la triple conquête saxonne, danoise et normande dont il a conservé l'esprit de domination.

Ces petites nations s'appellent: l'Irlande *(Etre),* l'Ecosse *(Alba),* le Pays de Galles *(Cymru),* la Cornouaille *(Kernow),* et l'lle de Man *(An t-Eilean Manainneach* ou *Mannin).* Elles ont résisté à l'influence anglaise avec un succès inégal. En Cornouaille et à Man, la langue du pays a presque disparu. En Ecosse elle n'est plus parlée que par un petit nombre de montagnards, mais en Irlande elle est en pleine renaissance et en Galles elle tient victorieusement tête à l'anglais. Partout la conscience celtique a subsisté et est en plein épanouissement.

Au point de vue politique, il existe en Galles et en Ecosse (pays unis à l'Angleterre respectivement en 1536 et en 1707), des courants d'opinion puissants en faveur du Home-Rule, ainsi que des partis d'action nationaliste organisés.

L'Irlande, qui est le premier peuple celtique ayant réussi

après 750 ans de domination étrangère à récupérer sa liberté, est en marche vers son unité malgré la sourde opposition anglaise.

L'audacieuse activité des soldats de l'I. R. A. sur le sol anglais, quelqu'opinion qu'on puisse nourrir à son égard, est un symptôme de la confiance qu'ont retrouvé en eux, non pas seulement les Irlandais, mais tous les Celtes Insulaires.

France.

Emigrés de Grande Bretagne sur le continent au V^e^ siècle, les Bretons *(Brezoned)* constituent la nationalité minoritaire la plus importante de France. Leurs liens raciques, linguistiques, historiques et culturels avec les Corniques et les Gallois sont anciens, nombreux, évidents. La Bretagne *(Breiz)* a été indépendante jusqu'en 1532, autonome jusqu'en 1790. Aujourd'hui après avoir subi au cours du XIX^e^ siècle de la part de la France un immense et systématique effort de dénationalisation, elle sait qu'elle a traversé l'épreuve victorieusement et elle réussit à développer rapidement sa renaissance linguistique et son organisation politique. La langue bretonne est restée vivace: si elle est moins parlée dans l'élite qu'en Galles, elle est en revanche l'instrument d'un réveil culturel peut être sans égal dans les autres pays celtiques. Les Bretons savent qu'ils représentent non pas une variété de culture, mais une grande culture, celle des Celtes, et ils nourrissent l'ambition de lui rendre son lustre d'antan.

Leur situation, comme d'ailleurs celle de toutes les minorités en France, est très pénible. L'Etat français, contrairement à l'Etat anglais plus libéral, est strictement unitaire. Dans aucun pays du monde les langues locales ou minoritaires ne sont persécutées avec la même sévérite qu'en France. Le monde l'ignoire, mais il doit le savoir. Dans une école enfantine de Bretagne, de Flandre, de Corse, de Catalogne, il est interdit de dire à un bambin un seul mot en breton, en flamand, en italien, cu en catalan, même s'il ignore complètement le français.

La seule exception à cette règle est en faveur de l'Alsace-Lorraine, où l'allemand occupe une petite place dans l'enseignement. Mais le but avoué du gouvernement français est de supprimer progressivement cette concession qui lui fut imposée en 1919 par les principes wilsoniens. L'Alsace-Lorraine, quoique peu désireuse de servir de pomme de discorde entre la France et l'Allemagne, n'en oppose pas moins une énorme force d'inertie

à la francisation. La langue usuelle et les tendances culturelles y restent généralement allemandes, malgré les persécutions policères, de la même manière qu'en Suisse Alémanique.

Au nord de la France, se trouve la minorité thioise (Dietschland) comprenant deux zones: l'une où le néerlandais est toujours en usage (de Dunkerque à Bailleul) et l'autre (de Calais à Béthune) où il a reculé, mais dans l'une et l'autre zônes, l'ethnie est pareillement germanique (franque et saxonne).

On peut signaler, autour de Givet un petit nombre de Wallons qui se rattachent à leurs frères de Belgique.

Dans le midi, les petites minorités basque et catalane se rattachent au Pays-Basque péninsulaire *(Euskadi)* et à la Catalogne d'Outre-Pyrénées *(Catalunya).*

Le Pays d'Oc *(Terro d'Oc)* ou Occitanie *(Occitania)* présente un cas très spécial. Ce pays manque de la tradition historique et de l'unité organique qui permettraient de lui décerner le titre de nationalité, mais il en a par ailleurs toutes les caractéristiques: antique culture bien à lui, celle issue des troubadours, langue distincte du français, de forme beaucoup plus latine, apparentée de très près au Catalan et même aux parlers populaires du nord de l'Italie; enfin, une philosophie de l'existence, des mœurs, un esprit public radicalament étrangers aux „gens du Nord". C'est pourquoi, malgré la fusion relative du nord et du sud, on est en droit de distinguer l'Occitanie du reste de la France, un peu de la même manière que l'Ukraine de la Russie, Le cas de ces deux pays est à peu près le même.

A l'extrémité du domaine méridional, Nice *(Nisa* ou *Nizza)* quoique de langue provençale est attachée à l'Italie par son histoire et l'originie récente de la moitié de sa population: la Corse *(Corsica)* est une vieille terre italienne où l'on parle un dialecte toscan dans le peuple et le bon italien dans l'élite; mais la France a réussi, notamment par le service militaire à développer le sentiment français dans l'île. Obligés de s'expatrier pour vivre, beaucoup de Corses habitent la France, surtout Marseille et Toulon.

Il existe enfin en France, une région où l'on parle franco-provençal (comme dans le canton de Vaux et le Haut-Piémont) particulièrement la Savoie, qui n'est politiquement française que depuis 1860.

Belgique.

En Belgique, les Néerlandais ou Thiois (appelés improprement Flamands) ne sont pas une minorité, mais la majorité. Ils constituent un tronçon de peuple qui aspire à l'unité. A l'Est du pays se trouvent les Allemands d'Arlon, apparentés aux Luxembourgeois, et les Allemands d'Eupen-Malmédy arrachés au Reich contre leur gré en 1919.

Les Wallons, qui occupent le Sud de la Belgique, se disent volontiers français, mais ont en réalité une personnalité distincte ainsi qu'en fait foi leur dialecte, incompris des Français.

Hollande.

Les Hollandais font partie de la Grande-Néerlande *(Groot-Nederland)* au même titre que leurs frères de race français et belges. Ils doivent être comptés dans un recensement des nationalités de l'Ouest, étant nationalement et culturellement un bloc avec les Thiois du Sud et quoique jouissant, dans leur cas particulier, de l'indépendance politique, Malgré leur belle unité ethnique, ils possèdent cependant une minorité linguistique, celle des Frisons, vieille tribu germanique dont la langue est d'un type plus nordique que le néerlandais. Les Frisons ne manifestent aucune tendace centrifuge par rapport à l'état.

Espagne.

L'âge d'or de l'Espagne a été celui du fédéralisme; elle renferme des peuples très différents que la centralisation à outrance inaugurée par Philip II condamne à l'étouffement ou à la révolte.

La nationalité ibérique la plus importante après la Castillane et la Portugaise, est la Catalane. De part et d'autre de la région de Barcelone, qui constitue à proprement parler la Catalogne, le domaine linguistique catalan comprend: 1° La Catalogne française *(Perpinya),* 2° la région de Valence *(Valencia* et *Alicante),* 3° les Iles Baléares. La résistance des Catalans à la dénationalisation n'a pas été mise en question par les derniers évènements.

Le Pays-Basque *(Euskandi)* dont les traditions d'autonomie sont anciennes (Fueros) a perdu en partie sa langue, qui a beaucoup reculé dans la province de Pampelune *(Iruna).* Les avatars de la dernière guerre civile ont ramené en ennemies les troupes du Général Franco sur son sol, où le vainqueur castillan persécute toutes les manifestations de la nationalité

basque. Mais il semble que l'épreuve n'ait fait que durcir la volonté des Basques de sauver leur culture millénaire et de libérer leur nation.

Enfin, á l'Ouest de la péninsule, la Galice (*Galiza*) est une minorité linguistique portugaise, dotée d'une très forte personnalité où l'élément celtique, provenant d'une immigration bretonne du V^e^ siècle, est aisément reconnaissable. La Galice, malgré les cruelles mesures d'oppression espagnole, reste elle aussi fidèle à son idéal.

Quelques chiffres.

Quand on prend la peine de relever le chiffre de population des nationalités et minorités linguistiques de l'Ouest, on est frappé de l'importance du problème humain qu'elles représentent.

Avant le règlement de la question de Tchecoslovaquie, on entendait parler dans les congrès spécialisés des 25.000.000 de minoritaires de l'Europe. Il s'agissait bien entendu de l'Europe Centrale. Nous allons voir les surprises que réserve l'Europe Occidentale. Il n'est que de faire des additions.

ILES BRITANNIQUES		
Eire	4,229.124	
Alba	4,842.600	
Cymru	2,593.332	
Kernow	320.559	
Mannin	60.238	
		12,045.853
FRANCE		
Breiz	3,056.075	
Elsass-Lothringen	1,906.000	
Thiois	1,500.000	
Corsica	297.235	
Catalunya	238.000	
Euskadi	158.205	
Occitania	10,121.000	
		17,276.515
BELGIQUE		
Dietschland	5,400.000	
Eupen-Malmedy	73.800	
Arlon	39.700	
		5,513.500
HOLLANDE		
Fryslân	400.000	
Autres Thiois	8,300.000	
		8,700.000

ESPAGNE

Catalunya 2,733.000		
Castellon 318.000		
Valencia 1,043.000		
Alicante 554.000		
Baléares 375.000		
	Catalans	5,023.000
	Galiza	2,466.000
	Euskadi	1,096.610
		8,585.610
	TOTAL.....	52,121.478

Par familles ethniques (non par nationalités) on obtient les évaluations suivantes:

Celtes Insulaires.....	12,045.853
Celtes Continentaux	3,056.075
a) TOTAL DES CELTES	15,101.928
Thiois des trois langues	15,600.000
Allemands de langue	2,019.500
b) TOTAL DER GERMAINS	17,619.500
Occitans (France et Espagne)	15,382.000
Italiens.....	297.235
Galiciens.....	2,466.000
c) TOTAL DES LATINS	18,145.235
d) BASQUES	1,254.815

Quelques commentaires.

On mesure par ces chiffres toute l'importance du rôle que ces groupes humains – celtiques, germaniques, latins et basques, – de culture élevée, de passés historiques riches, de vitalité exceptionnelle, sont appelés à jouer.

La valeur du facteur celtique – quinze millions d'hommes tenant la port de l'Atlantique – s'imposera particulièrement à l'attention.

Pour qui serait tenté de trouver nos chiffres trop élevés, nous ferons remarquer que:

1° Nous n'avons pas tenu compte des 2.000.000 de Celtes résidant en Angleterre, dont plus de la moitié sont cependant Citoyens Irlandais.

2° Ni des 600.000 Bretons, 300.000 Corses, 400.000 Thiois et Alsaciens-Lorrains, 100.000 Basques et Catalans résidant en France.

3° Ni des groupes de minoritaires aux colonies et aux pays d'émigration; notamment les 6,000.000 d'Irlandais des U. S. A. qui jouent cependant un rôle actif dans les affaires de l'Irlande européenne.

4° En regard des pays germaniques, nous n'avons tenu aucun compte du „grensland" historique et ethnique des Thiois: l'Artois, qui se rattache indiscutablement à la région du Nord.

5° Dans le midi de la France, nous avons exclu du total Occitan, les 2,000.000 de Franco-Provençaux que la plupart des philologues y incorporent.

6° Nous ayons compté les 3,000.000 de Wallons comme français et non comme une nationalité distincte.

7° Nous avons laissé de côté les 6,000.000 de Canadiens français du Dominion et des U. S. A. qui dépendent cependant ethniquement et culturellement de l'Ouest européen qui nous occupe ici.

Sans ces nombreuses restrictions ce n'est pas un total de 52 mais de 72 millions que nous aurions trouvé.

Pourcentages.

Il est intéressant d'établir l'importance du groupe des nationalités insatisfaites de l'Ouest par rapport aux minorités de l'Europe Centrale et Orientale. Le décompte de ces minorités peut s'établir comme suit:

Grand-Reich
(Tchèques: 7.590.000. Polonais: 902.000. Croates: 42.000. Slovènes: 37.000. Magyars: 15.000. Danois: 10.683).
8,596.683

Italie
(Albanais: 914.000. Allemands: 250.000. Slaves: 500.000. Grecs: 100.000. Français: 83.000).
1,847.000

Pologne, total	11,020.000
Yougoslavie,.....	8,767.200
Roumanie,.....	5,100.000
Hongrie, ...	1,500.000
Bulgarie,.....	674.443
Lettonie,.....	490.679
Grèce,.....	450.000
Finlande, ...	348.400
Lituanie, ...	150.000
Esthonie,.....	117.278
Danemark,.....	40.000
TOTAL.....	39,101.683

Donc pour un total général de (52,121.478 + 39,101.683) = 91,223.161 „minoritaires" d'Europe (U. R. S. S. exclue), l'Ouest à lui seul représente 56 %

Il est non moins intéressant de voir l'importance du problème nationalitaire de l'Ouest par rapport à la population globale des états intéressés.

Les Iles Britanniques, la France, la Belgique, la Hollande et l'Espagne comptent ensemble (en excluant 4 millions d'étrangers résidant en France) 126 millions d'habitants. Le nombre des ressortissants de ces états ayant des revendications nationales ou linguistiques à formuler représente 40%,... comme dans l'ancienne Tchécosloviaquie.

Pour les Iles Britanniques, la proportion des minoritaires est exectement de 25%; pour l'Espagne de 34%; pour la France elle est de 44 % en tenant compte de l'Occitanie, et de 17,5 % sans elle.

A titre de comparaison rappelons la proportion des minorités dans quelques états de l'Europe Centrale: Yougoslavie 60%; Roumanie, 30%; Grand Reich, 10%; Italie, 4%.

Il est bon que ces faits soient connus et appréciés.

PONTFILY.

Legea electorală pentru Adunarea Deputaţilor şi Senat.

CAPITOLUL I.

Compunerea Adunărilor.

Alegători şi eligibili.

Art. 1. – Reprezentarea naţională se compune din Adunarea Deputaţilor şi Senat.

Art. 2. – Adunarea Deputaţilor se compune din 258 reprezentanţi.

Numărul lor pe circumscripţii şi categorii de îndeletniciri este stabilit în tabloul anexat, care face parte integrantă din legea de faţă.

Art. 3. – Alegerea Deputaţilor se face cu vot secret, obligatoriu şi exprimat prin scrutin uninominal pe circumscripţiuni. Sunt 11 circumscripţii electorale şi anume pentru fiecare Ţinut câte una, plus Capitala ţării.

Circumscripţiile electorale au sediul la Curţile de Apel, fixate în tabloul anexat, care face parte integrantă din legea de faţă.

Durata mandatelor este de 6 ani.

Art. 4. – Spre a fi eligibil în Adunarea Deputaţilor se cere:

a) A fi cetăţean român;

b) A avea exerciţiul drepturilor civile şi a fi înscris în lista electorală pentru circumscripţia şi categoria de îndeletniciri pe care trebue s'o reprezinte;

c) A avea domiciliul în România.

Femeile nu sunt eligibile în Adunarea deputaţilor.

Art. 5. – Au dreptul de vot pentru alegerea deputaţilor, cetăţenii români, bărbaţi şi femei, care întrunesc condiţiunile următoare:

a) Au vârsta de 30 ani împliniţi;

b) Sunt ştiutori de carte;

c) Practică efectiv o îndeletnicire intrând în vreuna din următoarele trei categorii:

1. Agricultura şi munca manuală.

2. Comerţul si industria.

3. Ocupaţiuni intelectuale;

d) Nu intră în nici unul din cazurile de incapacitate sau nedemnitate prevăzute de legea de faţă.

Art. 6. – Senatul se compune din senatori numiţi de Rege, din senatori de drept şi din senatori aleşi.

Art. 7. – Senatorii numiţi de Rege trebue să întrunească condiţiile generale de eligibilitate pentru acest Corp.

Numărul lor este de 88, adică egal cu acel al senatorilor aleşi, fixat în tabloul anexat care face parte integrantă din legea de faţă.

Art. 8. – Sunt senatori de drept, în virtutea înaltei lor situaţiuni în Stat şi Biserică:

a) Moştenitorul Tronului dela vârsta de 18 ani împliniţi;

b) Toţi Principii Familiei Regale, majori;

c) Patriarhul şi Mitropoliţii Ţării;

d) Episcopii ai Bisericilor ortodoxe române şi greco-catolice, întru cât sunt aleşi conform legilor Ţării;

e) Capii confesiunilor recunoscute de Stat, câte unul din fiecare confesiunie, întru cât sunt aleşi sau numiţi conform legilor ţării şi reprezintă un număr de peste 200.000 de credincioşi;

f) Senatorii de drept, recunoscuţi până la data de 27 Februarie 1938 pe baza legii electorale din 27 Martie 1926.

Art. 9. – Senatorii aleşi sunt desemnaţi prin vot obligatoriu, secret şi exprimat prin scrutin uninominal.

Toţi alegătorii din ţară constitue o singură circumscripţie, al cărei sediu este la Curtea de Apel din Bucureşti.

Numărul senatorilor aleşi este de 88.

Repartiţia mandatelor pe îndeletniciri este cea stabilită în tabloul anexat, care face parte din lege.

Art. 10. – Pentru a fi eligibili în Senat, bărbaţii şi femeile, trebue să întrunească următoarele condiţiuni:

a) Să fie cetăţeni români;

b) Să aibă vârsta de 40 ani împliniţi;

c) Să aibă exerciţiul drepturilor civile şi să fie înscrişi în lista electorală pentru categoria de îndeletnicire pe care trebue s'o reprezinte;

d) Să aibă domiciliul în România.

Art. 11. – Au dreptul de vot pentru alegerea senatorilor, cetăţenii români, bărbaţi şi femei, care întrunesc condiţiile următoare:

a) Au vârsta de 30 ani împliniţi;

b) Sunt ştiutori de carte;

c) Nu intră în nici unul din cazurile de incapacitate sau nedemnitate prevăzute de legea de faţă;

d) Sunt membri în organele de conducere a corpurilor constituite în Stat din cele trei categorii de îndeletniciri prevăzute la art. 5 din prezenta lege şi anume:

I. *Pentru agricultură şi muncă:*

1. Camerele agricole.

2. Asociaţiile şi sindicatele agricole, viticole, pomicole, etc., având personalitatea juridică recunoscută.

3. Camerele de muncă.

4. Breslele de muncitori, funcţionari particulari şi meseriaşi.

II. *Pentru industrie şi comerţ:*

1. Camerele de industrie şi comerţ.

2. Sfaturile negustoreşti care au personalitate juridică recunoscută.

3. Asociaţiile de industriaşi care au personalitatea juridică recunoscută.

III. *Pentru ocupaţiuni intelectuale:*

1. Asociaţia învăţătorilor.
2. Asociaţia profesorilor secundari.
3. Asociaţia profesorilor universitari.
4. Asociaţia Clerului.

5. Asociaţia sau colegiul inginerilor.
6. Asociaţia sau colegiul arhitecţilor.
7. Asociaţia sau colegiul medicilor.
8. Asociaţia sau colegiul veterinarilor.
9. Asociaţia sau colegiul farmaciştilor.
10. Asociaţia sau colegiul avocaţilor.
11. Asociaţia sau colegiul scriitorilor şi artelor frumoase.

Art. 12. – Durata mandatelor senatorilor de drept încetează odată cu calitatea sau demnitatea în virtutea căreia le deţin.

Durata mandatelor senatorilor numiţi şi aleşi va fi de 9 ani.

Mandatele senatorilor aleşi se reînoesc din trei în trei ani dela data depunerii jurământului prevăzut de art. 48 din Constituţiune, în proporţie de o treime.

În acest scop senatorii aleşi sunt împărţiţi după ordinea alfabetică în trei serii egale.

Ordinea de reînoire a seriilor se va face prin tragere la sorţi.

Prima serie se va reînoi după trei ani dela alegere, a doua serie după şase ani, a treia serie după nouă ani, urmându-se apoi în aceeaşi ordine din trei în trei ani.

Pentru mandatele ieşite la sorţi se va proceda la noui alegeri.

CAPITOLUL II.

Listele electorale.

Art. 13. – Listele electorale pentru adunarea deputaţilor sunt permanente.

Ele se vor întocmi sau se vor modifica prin ştergeri şi adăugiri, în fiecare an, în cursul lunii Ianuarie. Listele vor fi apoi prezentate spre verificare şi confirmare judecătorului de pace respectiv.

Art. 14. – Toţi cetăţenii care au drept de alegător, potrivit legii de faţă, se vor prezenta, între întâi şi cincisprezece Ianuarie, în fiecare an, în faţa unei comisiuni compusă la oraş din primar, secretar, şeful poliţiei şi delegatul fiscului, iar la comunele rurale din primar, notar, şeful postului de jandarmi şi delegatul fiscului.

Ei vor cere oral înscrierea în listele electorale, declarând, în acelaşi timp, îndeletnicirea pe care o practică efectiv. Comisiunea, pe baza ştiinţelor personale sau a dovezilor înfăţişate de cetăţeni, va înscrie pe fiecare în lista întocmită în dublu exemplar pentru fiecare categorie de îndeletnicire în parte.

Art. 15. – Listele electorale vor sta afişate la primărie şi judecătoria respectivă timp de 10 zile. Toţi cei nemulţumiţi vor

putea prezenta în acest termen contestaţii orale sau scrise în faţa judecătorului respectiv. În timp de trei zile judecătorul va trebui să se pronunţe, după care, înscrierea în listele electorale rămâne definitivă.

Art. 16. – Listele electorale pentru Senat se vor întocmi la aceeaşi epocă şi în aceleaşi termene ca pentru Adunarea Deputaţilor. Cei îndreptăţiţi însă se vor prezenta primului preşedinte al tribunalului unde îşi au domiciliul. Primul-preşedinte, pe baza dovezilor înfăţişate, va face înscrierea în listele electorale întocmite în dublu exemplar pentru fiecare îndeletnicire în parte. Listele vor fi apoi trimise pentru verificare şi confirmare primului preşedinte al Curţii de Apel la care se află sediul circumscripţiei electorale respective. Listele vor sta afişate timp de 10 zile, atât la tribunal cât şi la Curtea de Apel.

Contestaţiile se vor judeca de primul-preşedinte al Curţii de Apel.

CAPITOLUL III.

Incapacităţi. Nedemnităţi. Incompatibilităţi.

Art. 17. – Sunt incapabili de a fi alegători sau aleşi acei puşi sub interdicţiune sau consiliu judiciar, precum şi cei în stare de faliment, declaraţi si nereabilitati.

Art. 18. – Sunt nedemni a fi alegători sau aleşi:

a) Cei condamnaţi pentru crimă;

b) Cei condamnaţi pentru delictele prevăzute în art.: 236–242 inclusiv, 250, 251, 272–275 inclusiv, 277–282 inclusiv, 284–286 inclusiv, 292, 313, 314, 353–358 inclusiv, 385–400 inclusiv, 409–413 inclusiv, 419–426 inclusiv, 428–444 inclusiv, 446, 447, 451, 452, 456–458 inclusiv, 482, 491, 493, 494, pct. 1–6 inclusiv, 495, 496, 499, 504–511 inclusiv, 524–531 inclusiv, 535–540 inclusiv, 545–555 inclusiv, 564, 566, 573, 595, pct. 3 şi 5 din codul penal Regele Carol al II-lea.

De asemenea şi cei condamnaţi pentru speculă ilicită sau delicte electorale prevăzute în prezenta lege pentru timpul cât au fost condamnaţi la pierderea dreptului de vot.

Nedemnitatea pentru delictele prevăzute în alin. b) va înceta la 10 ani după ispăşirea pedepsei şi dacă în acest timp cel condamnat a fost reabilitat;

c) Cei condamnaţi pentru acte de trădare şi spionaj în contra Statului Român sau Naţiunii române;

d) Cei condamnaţi pentru că s'au sustras dela recrutările

orânduite de autorităţile Statului Român, sau pentrucă au refuzat prestarea jurământului de credinţă militară;

e) Cei condamnaţi la pierderea drepturilor politice pe timpul prevăzut în sentinţă;

f) Cei care după declaraţiunile de unire la Regatul României ale provinciilor eliberate, au luptat sau uneltit în contra puterii armate a Statului Român, ori s'au făcut vinovaţi de vreo infracţiune în contra Statului Român, constatate cu hotărîri judecătoreşti rămase definitive;

g) Cei condamnaţi de instanţele judecătoreşti militare pentru dezertare;

h) Cei condamnaţi de instanţele judecătoreşti militare la degradaţiuni militare ca pedeapsă principală sau accesorie.

Nu sunt nedemni a fi alegători sau aleşi cei ce au fost condamnaţi de justiţia ungară în legătură cu intrarea armatelor române în Ardeal în anul 1916.

Nu sunt nedemni a fi alegători sau aleşi cei condamnaţi în decursul războiului pentru delicte cu caracter politic de către justiţia civilă şi militară austro-ungară sau austriacă.

Sunt exceptaţi dela nedemnităţi cei condamnaţi pentru delicte corecţionale în timpul minorităţii.

Art. 19. – Militarii în activitate nu pot fi alegători, nici aleşi.

Art. 20. – Instanţele judecătoreşti vor întocmi tablouri de cazurile de incapacităţi şi de nedemnităţi ale alegătorilor din circumscripţiile lor, pe care le vor comunica, la timp, primăriilor şi judecătoriilor de pace respective pentru a le avea în vedere la întocmirea listelor electorale şi la judecarea contestaţiunilor. Ofiţerii de stare civilă vor comunica la începutul fiecărui an, numele şi pronumele celor încetaţi din vieaţă, pentru a fi şterşi din liste.

Art. 21. – Toţi acei care ocupă o funcţiune de orice natură retribuită de Stat, Ţinut sau comună, sau aşezăminte de utilitatea publică, ale căror bugete se votează de Adunarea Deputaţilor, nu pot fi aleşi de cât dacă demisionează din funcţiune cel mai târziu cinci zile libere după convocarea Corpului electoral a Adunării pentru care voieşte a candida.

Această dispoziţie se aplică şi acelor care îndeplinesc servicii retribuite în instituţiuni particulare, dar pentru numirea cărora se cere un Decret Regal.

Demisiunea dată în acest scop se consideră de drept pri-

mită şi demisionatul nu va putea redobândi numirea sa din nou în funcţiune, decât în conformitate cu dispoziţiile din statutul funcţionarilor sau din legile speciale de organizare.

Pot fi aleşi deputaţi sau senatori, fără a-şi pierde funcţiunea, sau a fi obligaţi să demisioneze, miniştrii şi subsecretarii de Stat.

De asemenea pot fi aleşi deputaţi sau senatori profesorii de universitate şi acei dela şcolile superioare de grad universitar, dacă au funcţionat, în această calitate, cel puţin zece ani.

Poate fi ales senator pentru ocupaţiunile intelectuale în limita mandatelor fixate la această categorie, prin tabloul anexat legii de faţă, orice membru al Asociaţiunilor arătate în acest tablou, fără a-şi pierde funcţiunea pe care o ocupă.

Art. 22. – Deputaţii şi senatorii numiţi de puterea executivă într'o funcţiune salariată pe care o primesc, pierd, deplin drept, mandatul lor de reprezentanţi ai Naţiunii.

Această dispoziţie nu se aplică miniştrilor şi subsecretarilor de Stat.

Miniştrii sau subsecretarii de Stat care deţin şi alte funcţiuni publice, incompatibile cu mandatul de senator sau deputat, în momentul în care încetează de a mai fi membri ai guvernului, sunt obligaţi să opteze pentru calitatea de parlamentar sau pentru funcţiunea respectivă.

Art. 23. – Deputaţii şi senatorii în tot timpul mandatului lor, personal sau ca mandatar, nu pot încheia cu Statul, Ţinuturile, comunele şi instituţiunile particulare, arătate la art. 21, niciun contract de lucrări sau furnituri, sub pedeapsa nulităţii de drept a contractului.

De asemeni ei nu pot apăra interese particulare înpotriva Statului; ei nu pot face parte din consiliul de administraţie al intreprinderilor care au contracte cu Statul, Ţinuturile şi Comunele, sub sancţiunea pierderii mandatului parlamentar.

De asemeni ei nu pot face, direct, niciun fel de demers sau intervenţie pe lângă Ministere sau alte autorităţi.

Orice chestiuni vor fi aduse la cunoştinţa autorităţilor prin birourile Adunărilor.

Dispoziţiunile primelor două alineate din acest articol nu se aplică senatorilor de drept şi celor numiţi.

CAPITOLUL IV.

Convocarea Corpului electoral şi operaţiunile electorale.

Art. 24. – Convocarea alegătorilor pentru Adunarea De-

putaţilor şi Senat trebue făcută până în două luni dela data expirării mandatului sau dizolvării Corpurilor legiuitoare.

Convocarea se face prin Decret Regal, care fixează ziua alegerii şi a întrunirii Adunărilor.

Ziua începerii alegerilor nu poate fi mai devreme de 15 zile libere dela data decretului de convocare.

Art. 25. – În fiecare circumscripţie electorală pentru Adunarea deputaţilor vor funcţiona pe lângă Curtea de Apel, stabilită prin tabloul anexat legii de faţă, un birou electoral.

Acest birou va fi prezidat de primul preşedinte al Curţii de Apel respective, iar în lipsa acestuia, de înlocuitorul său.

Preşedintele biroului electoral va fi asistat de un consilier tras la sorţi dintre consilierii Curţii, care-l ajută la îndeplinirea atribuţiunilor sale şi îl înlocuieşte în caz de lipsă.

Hotărîrile şi măsurile se iau de preşedinte sau de înlocuitor în numele său.

Atribuţiunile biroului electoral sunt:

a) A primi declaraţiunile de candidatură;

b) A îngriji de crearea secţiunilor de votare şi desemnarea localurilor de votare;

c) A îngriji de imprimarea şi distribuirea buletinelor de vot la secţiunea de votare;

d) A totaliza rezultatele scrutinului dela toate secţiunile de votare şi a proclama pe cei aleşi;

e) A elibera deputaţilor aleşi certificatul constatator al mandatului obţinut;

f) A primi şi a se pronunţa asupra contestaţiunilor şi a reclamaţiunilor făcute de candidat sau alegător;

g) A supraveghea si a lua toate măsurile de ordine în localurile de vot şi a zonelor de votare în întreaga circumscripţie;

h) A îndeplini orice îndatoriri impuse prin legea de faţă.

Art. 26. – Declararea candidaturii pentru Adunarea deputaţilor se va face personal de către candidaţi, în scris, în faţa prim-preşedintelui Curţii de Apel din circumscripţia electorală respectivă.

Candidatul va prezenta odată cu cererea sa certificatul dovedind că este înscris în listele electorale şi autorizaţia Frontului Renaşterii Naţionale.

Declararea de candidatură se va prezenta cel mai târziu cu 8 zile libere înainte de data fixată pentru alegere.

Art. 27. – Pentru Senat declararea de candidaturi se va face cu îndeplinirea aceloraşi forme în faţa primului preşedinte al Curţii de Apel din Bucureşti.

Pe lângă Curtea de Apel din Bucureşti va funcţiona în aceleaşi condiţiuni ca şi pentru Adunarea deputaţilor un birou electoral pentru Senat.

Art. 28. – Pentru înlesnirea operaţiilor electorale la Adunarea deputaţilor fiecare circumscripţie electorală se va împărţi în secţiuni de votare corespunzătoare circumscripţiilor judecătoriilor. În cazul când numărul alegătorilor din cuprinsul unei circumscripţii judecătoreşti va fi mai mare de 2.500, pentru ca exerciţiul dreptului de vot să fie asigurat tuturor în ziua fixată pentru alegere, primul preşedinte al Curţii de Apel unde se află biroul electoral al Ţinutului va putea crea şi alte secţii de votare în cuprinsul acelei judecătorii.

Art. 29. – Pentru alegerile de senator va exista câte o secţiune de votare pe lângă Curţile de apel menţionate în tabloul anexat care face parte integrantă din prezenta lege.

Art. 30. – Secţiunile de vot vor fi prezidate de judecători titulari. În caz de împiedicare absolută a acestora, precum şi la secţiile de votare suplimentare, operaţiunile electorate vor fi prezidate de judecători traşi la sorţi de către primul-preşedinte al Curţii de apel respective.

Art. 31. – Judecătorul va fi ajutat în operaţiunile sale de grefier şi alţi funcţionari judecătoreşti după necesităţi.

Art. 32. – Fotografiile candidaţilor cu numele şi titlurile sau ocupaţiunile lor, astfel cum au fost declarate, însoţite de un scurt apel către alegători, alcătuit din cel mult 100 de cuvinte, vor fi afişate prin îngrijirea magistratului care a primit declaraţiunile, atât la primării, cât şi la localurile de vot. Afişarea va fi egală şi uniformă pentru toţi candidaţii. Orice alt afişaj, corespondenţă sau propagandă orală pentru alegere este interzisă.

Art. 33. – Alegerile vor dura o singură zi. Ele vor începe la ora 8 dimineaţa şi vor continua până ce toţi alegătorii prezenţi vor vota, fără a trece însă peste ora 8 a dimineţii zilei următoare.

Art. 34. – Suspendările se hotărăsc de preşedinte după apreciere, ele neputând depăşi două ore în tot cursul zilei şi două ore în cursul nopţii, fără ca toţi membrii biroului să poată părăsi în acelaşi timp sala de votare. Suspendările trebuesc

anunţate prin afiş cu o oră înainte la uşa localului de vot. În tot timpul suspendării urnele vor rămâne în aceeaşi cameră sub pază.

Art. 35. – Alegătorii vor vota pentru Adunarea deputaţilor la secţiunea de care depinde domiciliul lor. Ei se vor prezenta în ordinea în care au fost convocaţi. La prezentare alegătorii vor stabili identitatea lor prin acte obişnuite, eliberate de biroul populaţiei, de autorităţile militare sau de cele şcolare. Se va verifica dacă alegătorii astfel identificaţi sunt înscrişi în listele electorale şi în caz afirmativ vor fi admişi la vot după ce vor semna propriu în tabloul votanţilor pe care-l va întocmi preşedintele secţiei respective.

Art. 36. – Votul se va da pentru fiecare candidat în parte. În acest scop alegătorul va primi atâtea buletine câţi candidaţi sunt propuşi la circumscripţia şi categoria la care el are dreptul să voteze. Buletinul individual va avea forma unui patrulater de dimensiunile 8/6 cm. Pe buletinul care va avea o singură foaie de carton, se va imprima fotografia candidatului, numele şi pronumele, ocupaţiunea şi domiciliul său.

Odată cu buletinele alegătorul va primi un plic de mărime corespunzătoare. Atât buletinele cât şi plicurile vor purta ştampila de control a preşedintelui secţiei de votare.

Art. 37. – Votul este secret: alegătorul intră în ghereta închisă, introduce buletinele candidaţilor pe care îi votează în plicul ce a primit dela birou şi pe care apoi îl închide. Nu se pot introduce în plic mai multe buletine decât numărul mandatelor. Plicurile care ar conţine mai multe buletine vor fi anulate. Buletinele nevotate vor fi rupte de către alegător în gheretă. La ieşirea din gheretă alegătorul introduce singur plicul cu buletine în urnă sigilată.

Art. 38. – Îndată după închiderea scrutinului şi în aceeaşi zi, preşedintele secţiei procedează la despuierea lui în prezenţa alegătorilor care sunt admişi în sală, în măsura în care nu împiedecă lucrările. El deschide fiecare plic, examinează dacă nu conţine mai multe buletine decât numărul mandatelor şi apoi citeşte cu glas tare numele fiecărui candidat votat. Buletinele care nu poartă ştampila de control sau care poartă diferite semne convenţionale se socotesc nule.

Art. 39. – Rezultatul se constată în câte două liste pentru fiecare categorie în parte, una ţinută de grefier şi alta de un ajutor desemnat de preşedinte.

În aceste liste se vor înscrie:

a) Numărul total al votanţilor;

b) Numărul voturilor nule sau anulate;

c) Numărul voturilor întrunite de fiecare candidat.

Art. 40. – Despuerea scrutinului terminată, preşedintele secţiei încheie proces-verbal în dublu exemplar asupra mersului operaţiunilor, constatând numărul voturilor întrunite de fiecare candidat.

Procesele-verbale se semnează de preşedinte şi se contrasemnează de grefier şi de funcţionarii judecătoreşti prevăzuţi la art. 31 din prezenta lege.

Art. 41. – Buletinele de vot, pe baza cărora s'a dat rezultatul, cum şi cele neîntrebuinţate, vor fi sigilate şi păstrate la judecătorie până la pronunţarea validării alegerii.

Art. 42. – Dosarul cuprinzând listele şi numele alegătorilor care au votat, listele constatând rezultatele, procesele-verbale şi contestaţiile privitoare la operaţiile electorale ale secţiunii, precum şi buletinele anulate şi cele contestate, se înaintează de preşedintele secţiei de votare, până în 24 de ore dela terminarea votării, prin tribunalul de judeţ, la Curtea de Apel.

Art. 43. – Candidaţii pot face contestaţii, iar alegătorii pot face reclamaţiuni, care se vor ataşa la dosar.

Art. 44. – Primul preşedinte al Curţii de Apel, primind dosarele dela secţiile de votare, le examinează dacă sunt întocmite conform legii, se pronunţă asupra contestaţiunilor, totalizează voturile întrunite şi proclamă rezultatul.

Art. 45. – Vor fi proclamaţi aleşi, în limita mandatelor de împlinit, acei dintre candidaţi care au întrunit cel mai mare număr de voturi.

Dacă sunt mai mulţi candidaţi care au întrunit acelaşi număr de voturi, primul preşedinte al Curţii de Apel va atribui mandatul aceluia care va ieşi la sorţi.

Art. 46. – Pentru Senat, alegerile se fac cu aceeaşi procedură, cu singura deosebire că există numai câte o secţie de votare pe lângă Curţile de Apel, arătate în tabloul anexat legii, iar dosarele şi rezultatele sunt centralizate de primul preşedinte al Curţii de Apel din Bucureşti, care proclamă pe senatorii aleşi.

CAPITOLUL V.

Validările.

Art. 47. – Validarea alegerilor pentru ambele adunări şi verificarea titlurilor membrilor aparţinând fiecăruia dintre ele,

se face de Înalta Curte de Casaţie şi Justiţie, înainte de data fixată pentru întrunirea Adunărilor şi fără desbateri orale.

În acest scop prim-preşedinţii Curţilor de Apel, îndată după proclamarea rezultatelor, vor înainta dosarele alegerilor Înaltei Curţi de Casaţie şi Justiţie.

Nu se pot adresa noui contestaţiuni în faţa acestei instanţe.

Dosarele vor fi repartizate proporţional prin tragere la sorţi de către primul preşedinte al Curţii de Casaţie la secţiunile Înaltei Curţi, care le vor examina şi vor pronunţa validarea sau invalidarea mandatelor ce le au fost atribuite spre cercetare. Viţierea operaţiunilor de votare în cel mult o pătrime în secţiile de votare ale unei circumscripţii nu atrage după sine anularea alegerii, ci numai a rezultatelor din acele secţiuni.

Dacă la verificarea titlurilor, mandatul unui parlamentar ales este invalidat, Înalta Curte va proclama ales pe candidatul din circumscripţia şi categoria respectivă care întruneşte cel mai mare număr de voturi.

În cazul când nu există alt candidat, se va proceda pentru mandatul rămas vacant la o nouă alegere.

Art. 48. – În caz de vacanţe provenite din orice cauză sau pentru mandatele de senatori ieşite la sorţi, se va proceda la alegeri parţiale după aceeaşi procedură ca pentru alegerile generale.

Vacanţele ivite în ultimul an al duratei mandatului pentru ambele adunări, nu se vor mai completa.

CAPITOLUL VI.

Penalităţi.

Art. 49. – Orice funcţionar administrativ sau judecătoresc, precum şi orice persoană învestită cu vreuna din atribuţiunile puterii publice, care va neglija de a îndeplini vreuna din îndatoririle sau serviciile ce i sunt impuse prin această lege, se va pedepsi cu amendă dela 1.000 până la 2.000 Lei şi cu pierderea dreptului de a mai ocupa funcţiuni publice pe termen de doi ani.

Art. 50. – Acei cari cu ştiinţă vor fi făcut declaraţiuni false cu prilejul întocmirii listelor electorale, sau vor fi ascuns vreo incapacitate din cele prevăzute prin legea de faţă, se vor pedepsi cu amendă dela 500 până la 2.000 Lei.

Funcţionarii sau judecătorii cari cu rea credinţă vor fi omis sau vor fi refuzat să facă înscrierile în listele electorale, se vor pedepsi cu amenda dela 1.000 până la 3.000 Lei şi închisoare dela 15 zile la 3 luni.

Acei care vor fi falsificat listele electorale se vor pedepsi cu aceeaş pedeapsă.

Art. 51. – Acei care se vor prezenta la vot invocând o indentitate care nu le aparţine, se vor pedepsi cu închisoarea dela o lună la şase luni şi amendă dela 2.000 la 5.000 Lei.

Hotărârea se va pronunţa pe loc de către preşedintele biuroulu secţiunei care a constatat infracţiunea.

Art. 52. – Preşedinţii biuroului care cu rea credinţă vor fi refuzat de a primi la vot un alegător înscris în liste, se va pedepsi cu închisoarea dela o lună la un an si amendă dela 2.000 până la 5.000 Lei.

Art. 53. – Dacă cel însărcinat a despuia şi număra buletinele, va fi sustras, adăugat sau alterat buletinele, sau va fi citit alte nume decât cele înscrise într'ânsele, se va pedepsi cu închisoarea dela trei luni la doi ani şi cu amendă dela 2.000 la 10.000 Lei.

Art. 54. – Acei care vor intra cu arme în sala de alegeri, sau acei care au turburat operaţiunile electorale, se vor pedepsi cu închisoarea dela 15 zile la o lună şi amendă dela 500 la 2.000 Lei.

Art. 55. – Acel care se va dovedi că a cumpărat votul sau abţineri la vot, precum şi acei ce şi-au vândut votul lor se vor pedepsi cu închisoarea dela 3 luni la un an şi cu amendă dela 500 la 5.000 Lei.

Art. 56. – Acei care prin lovituri sau violenţă vor fi influenţat votul unui alegător, sau îl vor fi pus în poziţiune de a se abţine dela vot, se vor pedepsi cu închisoarea dela o lună până la trei luni şi cu amendă dela 500 la 2.000 Lei.

Art. 57. – Oricine prin ultraj sau violenţă asupra biuroului electoral sau asupra unui membru va fi întârziat sau împiedicat operaţiunile electorale se va pedepsi cu închisoarea dela o lună la şase luni şi cu amendă dela 500 la 2.000 Lei.

Art. 58. – Răpirea urnei care conţine buletinele nedespuiate, ruperea sigiliilor ei, sau sustragerea buletinelor sau a dosarelor alegerei, se va pedepsi cu închisoarea dela 2 la 5 ani şi amendă dela 1.000 la 10.000 Lei.

Art. 59. – Violarea scrutinului, adăogirea, sustragerea sau înlocuirea buletinelor de vot din urnă, fie înainte de votare, fie în timpul votărei, fie în timpul despuierei de către membrii biuroului sau de către agenţii forţei publice însărcinaţi cu paza urnei sau de către oricine altul, se va pedepsi cu închisoarea dela 5 la 10 ani şi cu amendă dela 2.000 la 20.000 Lei.

Art. 60. – Alegătorii asupra cărora se vor găsi buletine de vot, se vor pedepsi cu amendă de 1.000 Lei.

Art. 61. – Oricine răspândeşte publicaţiuni, afişe sau face propagandă orală, interzise prin prezenta lege, se vor pedepsi cu amenda dela 1.000 până la 2.000 Lei.

Art. 62. – În toate infracţiunile prevăzute mai sus se va

pronunţa şi pierderea dreptului de a fi alegător până la maximum cinci ani.

Art. 63. – Votul este obligator. Alegătorii care nu-şi vor exercita fără temei legitim dreptul de vot, se vor pedepsi, cu amendă civilă de 1.000 Lei, de preşedintele secţiei de votare, prin chiar procesul-verbal dresat de el pentru constatarea încheierii operaţiunilor.

Art. 64. – Acţiunea publică poate fi pusă în mişcare de Parchet, de judecătorul preşedinte al secţiilor de votare, de primul preşedinte al Curţii de Apel sau de către candidaţi.

Acţiunea publică se judecă de tribunalele ordinare. Ea se prescrie în termen de trei luni dela proclamarea rezultatului

CAPITOLUL VII.

Dispoziţiuni diverse.

Art. 65. – Ordinea în timpul alegerii va fi păstrată de un detaşament de jandarmi rurali puşi la dispoziţie, la cererea primului preşedinte al Curţii de Apel.

Art. 66. – Nimeni nu poate candida de cât într'o singură circumscripţie electorală şi pentru o singură adunare.

Senatorii de drept şi cei numiţi nu mai pot candida în alegeri pentru nicio adunare.

Art. 67. – Încetează de a mai avea exerciţiul mandatului deputaţii sau senatorii care vor pierde vreuna din condiţiile cerute pentru a fi eligibil. Se exceptează cazul senatorilor care reprezintă o organizaţie profesională şi care nu pierd mandatul dacă organizaţia a fost dizolvată printr'un act al puterii executive.

Art. 68. – Membrii parlamentului vor purta la şedinţe şi solemnităţi în mod obligator uniforma Frontului Renaşterii Naţionale.

Art. 69. – Toate cheltuielile pentru operaţiunile electorale cad în sarcina Ministerului de Interne. Costul buletinelor de vot va fi suportat însă de către candidaţi în părţi egale.

Art. 70. – Toate termenele prevăzute în legea de faţă se socotesc pe zile liber.

Când termenul va expira într'o zi de Duminecă sau de sărbătoare, se va prelungi pentru cea dintâi zi lucrătoare.

Art. 71. – Toate cererile şi actele în materie electorală sunt scutite de orice taxă fiscală.

Art. 72. – Un regulament special va putea desvolta dispoziţiunile prezentei legi.

CAPITOLUL VIII.

Dispoziţiuni transitorii.

Art. 73. – Asociaţiunile sau colegiile prevăzute la art. 11, sunt obligate ca în termen de cel mult trei zile dela data publi-

cării prezentei legi, să înainteze primului preşedinte al Curţii de Apel din Bucureşti, toate actele privitoare la înfiinţarea, organizarea şi funcţionarea lor.

Primul preşedinte al Curţii de Apel din Bucureşti va hotărî în termen de cel mult două zile, care sunt, în fapt şi în drept, Asociaţiunile prevăzute de art. 11 al prezentei legi, ai cărei membri au dreptul de a vota şi candida la Senat.

Pentru categoriile de îndeletniciri la care există colegii sau corpuri organizate pe bază de legi, nu se vor mai lua în considerare şi asociaţiunile de acelaşi fel.

Art. 74. – La punerea în aplicare a acestei legi, termenul de întocmire a listelor electorale va curge cinci zile după publicarea ei în Monitorul Oficial şi va dura zece zile inclusiv contestaţiile.

Listele astfel întocmite, vor fi valabile până la finele anului în curs.

Dat în Bucureşti, la 9 Mai 1939. CAROL

Preşedintele Consiliului de Miniştri
ministru de interne şi ad-interim la ministerul apărării naţionale,

Armand Călinescu

Ministrul Justiţiei
Victor Iamandi

Nr. 1.923. 1939, Mai 9.

Tablou de circumscripţiile electorale pentru Adunarea Deputaţilor.

1. Circumscripţia Bucegi, având biroul electoral la Curtea de Apel Braşov.
2. Circumscripţia Dunărea, având biroul electoral la Curtea de Apel Galaţi.
3. Circumscripţia Prut, având biroul electoral la Curtea de Apel Iaşi.
4. Circumscripţia Bucureşti, având biroul electoral la Curtea de Apel Bucureşti.
5. Circumscripţia Someş, având biroul electoral la Curtea de Apel Cluj.
6. Circumscripţia Mureş, având biroul electoral la Curtea de Apel Tg.-Mureş.
7. Circumscripţia Timiş, având biroul electoral la Curtea de Apel Timişoara.
8. Circumscripţia Olt, având biroul electoral la Curtea de Apel Craiova.
9. Circumscripţia Suceava, având biroul electoral la Curtea de Apel Cernăuţi.
10. Circumscripţia Nistru, având biroul electoral la Curtea de Apel Chişinău.
11. Circumscripţia Marea, având biroul electoral la Curtea de Apel Constanţa.

Tablou de numărul mandatelor pentru Adunarea Deputaţilor.

Circumscripţia electorală	Agricultura şi munca	Comerţ şi industrie	Ocupaţiuni intelectuale	Total
1. Bucegi	10	10	10	30
2. Dunărea	10	10	10	30
3. Prut	9	9	9	27
4. Bucureşti	8	8	8	24
5. Someş	8	8	8	24
6. Mureş	8	8	8	24
7. Timiş	8	8	8	24
8. Olt	8	8	8	24
9. Suceava	6	6	6	18
10. Nistru	6	6	6	18
11. Marea	5	5	5	15
	86	86	86	258

Tablou de numărul mandatelor de senatori aleşi.

I. *Pentru agricultură şi muncă:*

Agricultură 30
Muncă 14

Total 44

II. *Pentru industrie şi comerţ:*

Comerţ 11
Industrie 11

Total 22

III. *Pentru ocupaţiuni intelectuale:*

1. Asociaţia învăţătorilor 2
2. „ profesorilor secundari 2
3. „ „ universitari 2
4. „ Clerului 2
5. „ sau Colegiul inginerilor 2
6. „ „ „ arhitecţilor 2
7. „ „ „ medicilor 2
8. „ „ „ veterinarilor 2
9. „ „ „ farmaciştilor 2
10. „ „ „ avocaţilor 2
11. „ „ „ scriitorilor şi artelor frumoase 2

Total 22

Total general 88

Director, girant răspunzător şi proprietar: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.